



III- 132 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIV. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT

A 1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 6615/0

GZ 601 442/3-VI/1/78

Tätigkeitsbericht des Ver-
fassungsgesichtshofes für
das Jahr 1977

1978 -09- 2 2

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates

W i e n

Ich beehre mich, in der Anlage den Tätigkeitsbericht des Verfassungsgesichtshofes für das Jahr 1977 dem Nationalrat gemäß § 21 Abs. 1 des Geschäftsordnungsgesetzes 1975 vorzulegen.

Dieser Tätigkeitsbericht wurde der Bundesregierung in ihrer Sitzung am 12. September 1978 zur Kenntnis gebracht.

Dem Tätigkeitsbericht ist zu entnehmen, daß die Anzahl der Beschwerdefälle im Jahre 1977 abermals gesiegen ist und auch die Zahl der die offenen Fälle weiterhin im Steigen begriffen ist. Waren am Jahresende 1974 nur 252 Fälle offen, so sind es 1977 nicht weniger als 855.

In diesem Zusammenhang weise ich darauf hin, daß dem Nationalrat bereits Regierungsvorlagen zu Novellen des Bundes-Verfassungsgesetzes, des Verfassungsgesichtshof- und des Verwaltungsgesichtshofgesetzes zugeleitet wurden, die auf eine Entlastung des Verfassungsgesichtshofes abzielen.

Der Verfassungsgesichtshof führt im Tätigkeitsbericht aus, das Ansteigen des Einlaufes sei auch auf die mit der Bundes-Verfassungsgesetz-Novelle EGBI. Nr. 302/1975 zum 1. Juli 1976 erfolgte Erweiterung der Zuständigkeiten des Verfassungsgesichtshofes zurückzuführen. Er bemerkt in diesem Zusammenhang,

daß der an sich begrüßenswerte Ausbau der verfassungsrechtlichen Normenprüfung durch Einräumung der Anfechtungsberechtigung an Privatpersonen die Rechtsprechung auch vor völlig neue und schwierige Probleme, vor allem bei Beurteilung der Anfechtungslegitimation, gestellt hat. Die dem Tätigkeitsbericht ange-schlossene "Tabelle über den Anfall und die Erledigung der Rechtssachen im Jahre 1977" zeigt deutlich, daß die "Individualbeschwerden" im Normenprüfungsverfahren einen auffallend großen Teil des Gesamtanfalls dieser Verfahren ausmachen und das im Berichtsjahr einem einzigen derartigen Antrag (und zwar im Verordnungsprüfungsverfahren) stattgegeben wurde. Die Individualanträge im Gesetzesprüfungsverfahren, über die bisher entschieden wurde, sind ausschließlich; die Individualanträge im Verordnungsprüfungsverfahren überwiegend zurückgewiesen worden.

Beilagen

18. September 1978

Der Bundeskanzler:



VERFASSUNGSGERICHTSHOF

1010 WIEN, JUDENPLATZ 11, TEL. 6377 91

1-Präs/78

B e r i c h tüber die Tätigkeit des Verfassungsgerichtshofes
im Jahre 1977

I. 1.) Der Verfassungsgerichtshof hat im Jahre 1977 sechs Sessionen abgehalten. Insgesamt wurde an 81 Tagen verhandelt und beraten (1976 an 70 Tagen). Darunter waren im Berichtsjahr an 14 Tagen nichtöffentliche Sitzungen. Zur Erledigung der anfallenden Akten war es erforderlich, zwei Zwischensessionen einzuschalten, und überdies mußten mehr als bisher an Nachmittagen von Verhandlungstagen Sitzungen abgehalten werden.

Im Berichtsjahr fielen 736 Rechtsfälle an. 449 Rechtsfälle wurden endgültig entschieden. Am Ende des Jahres waren 855 Fälle offen für 1978.

Die folgende Übersicht macht die Belastung des Gerichtshofes klar:

Jahr	angefallen	erledigt	offen am Jahresende
1974	476	360	252
1975	645	444	453
1976	665	550	568
1977	736	449	855

2.) Der Übersicht ist ein stetes Ansteigen des Einlaufes in den letzten Jahren und trotz einer sehr großen Zahl von Erledigungen ein Ansteigen der am Jahresende offenen Fälle zu entnehmen. Der Gerichtshof war - so wie im Vorjahr - auch im Jahre 1977 mit mehreren großen Prozessen belastet, deren Erledigung ungewöhnlich viel Zeit beanspruch-

Verfassungsgerichtshof

T a b e l l e

über den Anfall und die Erledigung der Rechtssachen
im Jahre 1977

	Kla- gen nach Art. 137	Kompetenzent- scheidungen nach			Ver- ord- nungs- prü- fung nach Art. 139	Ge- set- zes- prü- fung nach Art. 140	Wahl- an- fech- tung nach Art. 141	Man- dats- ver- lust nach Art. 142 und 143	An- kla- gen nach Art. 142 und 143	Be- schwer- den nach Art. 144	Zu- sammen:
		Art. 126a	Art. 138								
			Abs. 1	Abs. 2							
offen aus 1974	-	-	-	-	-	-	-	-	-	8	8
offen aus 1975	1	-	-	-	-	1	-	-	-	125	127
offen aus 1976	19	-	2	1	27 ¹⁾	31 ⁵⁾	-	-	-	353	433
neu ange- fallen 1977	7	-	2	-	58 ²⁾	82 ⁶⁾	7	-	-	580 ⁹⁾	736
erle- digt 1977	19	-	1	1	31 ³⁾	54 ⁷⁾	3	-	-	340 ¹⁰⁾	449 *
offen für 1978	8	-	3	-	54 ⁴⁾	60 ⁸⁾	4	-	-	726 ¹¹⁾	855

*) in öfftl. Sitzung 228
in nö. Sitzung 221

449
=====

bitte wenden!

- 2 -

- 1) Davon entfallen 23 auf Individualanträge.
- 2) Davon entfallen 40 auf Individualanträge.
- 3) Davon wurden 9 Individualanträge mit Zurückweisung, 3 mit Abweisung und einer mit Stattgebung sowie 4 mit Einstellung erledigt.
- 4) Davon entfallen 46 auf Individualanträge.
- 5) Davon entfallen 20 auf Individualanträge.
- 6) Davon entfallen 31 auf Individualanträge.
- 7) Davon wurden 21 Individualanträge mit Zurückweisung erledigt.
- 8) Davon entfallen 30 auf Individualanträge.
- 9) Davon entfallen 16 auf Beschwerden gegen in Ausübung unmittelbarer behördlicher Befehls- und Zwangsgewalt gesetzte Verwaltungsakte.
- 10) Davon wurden 2 Beschwerden gegen in Ausübung unmittelbarer behördlicher Befehls- und Zwangsgewalt gesetzte Verwaltungsakte mit Stattgebung und 2 mit Abweisung erledigt.
- 11) Davon entfallen 12 auf Beschwerden gegen in Ausübung unmittelbarer behördlicher Befehls- und Zwangsgewalt gesetzte Verwaltungsakte.

1977

	an- hän- gig aus 1974	an- hän- gig aus 1975	an- hän- gig aus 1976	neu ange- fal- len 1977	erledigt wurden in						Ver- fah- ren un- ter- bro- chen we- gen Ges. oder Vdg. Prü- fung oder ver- tagt	offen oder noch nicht ver- hand- lungs- reif	am 31.12. 1977 insge- samt an- hängig:
					öfftl. Sitzung			nö. Sitzung					
					statt- gege- ben	abge- wie- sen	zu- rück- ge- wie- sen oder ein- ge- stellt	statt- gege- ben	abge- wie- sen	zu- rück- ge- wie- sen oder ein- ge- stellt			
Vermögensrechtliche Ansprüche nach Art. 137 B-VG (A)	-	1	19	7	2	-	-	-	1	16	-	8	8
Meinungsverschiedenheiten mit dem Rechnungshof nach Art. 126a B-VG (K R)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kompetenzkonflikte nach Art. 138 Abs. 1 B-VG (K I)	-	-	2	2	1	-	-	-	-	-	-	3	3
Kompetenzfeststellungen nach Art. 138 Abs. 2 B-VG (K II)	-	-	1	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-
Prüfungen von Verordnungen nach Art. 139 B-VG (V)	-	-	27	58	11	7	-	-	-	13	-	54	54
Prüfung von Gesetzen nach Art. 140 B-VG (G)	-	1	31	82	21	12	3	-	-	18	2	58	60
Wahlanfechtung nach Art. 141 B-VG (W I)	-	-	-	7	-	-	-	-	-	3	-	4	4
Anträge auf Mandatsverluste nach Art. 141 B-VG (W II)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anklagen gegen oberste Organe des Bundes und der Landesverwaltung nach Art. 142 und 143 B-VG (E)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beschwerden nach Art. 144 B-VG (B)	8	125	353	580	48	108	14	17	63	90	57	669	726
Beschwerden wegen Völkerrrechtsverletzung nach Art. 145 B-VG (BVö)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	8	127	433	736	84	127	17	17	64	140	59	796	955